Arbeitskreis Pro Menschenwürde der Stiftung gegen Rassismus

Zusammen gegen Rassismus und Rechtsextremismus

Konzept des AK Pro Menschenwürde, das weiter überarbeitet wird

Deutschland ist eine erfolgreiche Demokratie. Wir lassen nicht zu, dass unser Land und unser Grundgesetz durch Rassismus und Rechtsextremismus kaputtgemacht werden. Wir erwarten, dass Politik die tatsächlichen Probleme angeht, die viele Menschen belasten. Dafür braucht es das Engagement der Zivilgesellschaft. Wir bitten alle Menschen, sich an den UN-Wochen gegen Rassismus im März zu beteiligen. Außerdem regen wir Feste zum Tag des Grundgesetzes am 23. Mai an.

„Die Würde des Menschen ist unantastbar“, heißt es in Artikel 1 des Grundgesetzes. Das Grundgesetz schafft den Rahmen für ein friedliches und soziales Miteinander. Das Grundgesetz schützt vor Diskriminierung: Niemand darf wegen seines Geschlechts, seiner Herkunft, seiner Sprache, seines Glaubens oder seiner Weltanschauung benachteiligt werden. Vor dem Gesetz sind alle Menschen gleich. Das Grundgesetz ist das Fundament für Freiheit, Frieden und Demokratie. Der Staat ist verpflichtet, das Grundgesetz und die Menschenrechte zu schützen.

Erfolgreiche Demokratie

Die Werte des Grundgesetzes werden gegenwärtig durch rechtsextremistische Bewegungen bedroht. In anderen europäischen Ländern, den USA und weltweit kann beobachtet werden, welche Auswirkungen das hat. Die erfolgreiche Demokratie in Deutschland wird gefährdet. Doch es gibt ein vielfältiges, breites und erfreuliches Engagement, das sich dem entgegenstellt.

Die Stiftung gegen Rassismus hat mit dem Engagement gegen Rassismus positive Erfahrungen gemacht: Zu Beginn der UN-Tage gegen Rassismus vor 30 Jahren herrschte die Meinung vor, dass es in Deutschland nach dem Nationalsozialismus keinen Rassismus mehr gebe. Inzwischen wissen so gut wie alle Menschen, dass es Rassismus gibt und wir etwas zur Überwindung tun sollten. Im März 2025 fanden zu den UN-Wochen gegen Rassismus weit über 5.000 vielfältige Veranstaltungen unter dem Motto „Menschenwürde schützen“ statt.

In den nächsten Jahren ist der Einsatz gegen Rechtsextremismus eine der wichtigsten Aufgaben in Deutschland, Europa und weltweit. Alle Demokrat:innen haben sich daran zu beteiligen. Für die Stiftung gegen Rassismus hat dies Priorität.

Rechtsextremistische Bewegungen

Rechtsextremistische Bewegungen sind rassistisch. Daher gehört die Überwindung von Rechtsextremismus zur zentralen Aufgabe der Stiftung.

Es besteht die Gefahr, dass sich der Rechtsextremismus in Deutschland und Europa in den kommenden Jahren weiter ausbreitet. Das hängt mit Ängsten und der Komplexität von gesellschaftlichen Entwicklungen zusammen, die für Menschen immer weniger

überschaubar sind. Dazu gehören der Klimawandel und Kriege, vermeintliche Probleme, die mit der die Zuwanderung verbunden sind, technische Neuerungen, die Ungleichheit beim Zugang zu Bildung, die Sicherung der eigenen Lebensgrundlagen und Zugänge zu Wohnraum, schwierige demokratische Entscheidungsprozesse und vieles mehr. Menschen haben den Eindruck, dass diese Entwicklungen nicht mehr kontrollierbar sind. Sie suchen nach einfachen Lösungen, die es nicht gibt. Das macht sie empfänglich für populistische Parolen. Rechtsextremistische Parteien verängstigen die Menschen weiter und versprechen Antworten, die weder einzulösen sind noch etwas besser machen würden. Dazu gehört vor allem so zu tun, als sei Einwanderung die Ursache alle Probleme. Werden rechtsextremistische Parteien zu einer starken Kraft in der Regierung, droht eine ernsthafte Gefährdung der Werte des Grundgesetzes und der Menschenrechte.

Wo Rechtsextremismus regiert

- wird die Menschenwürde verletzt,
- verbreiten sich Hass, Hetze und Gewalt,
- verstärken sich Rassismus, Antisemitismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit,
- leiden Menschen unter Ausgrenzung, Vertreibung und Ermordung,
- wird konstruktive Konfliktbearbeitung zerstört,
- werden Demokratie, Gewaltenteilung und Meinungsfreiheit gefährdet,
- werden Grenzen hochgezogen,
- wird der Wirtschaft geschadet und
- die Akzeptanz für menschliche Vielfalt verringert.

Die inhaltliche Auseinandersetzung mit einer solchen drohenden Entwicklung und eine überzeugende Politik der demokratischen Parteien, die dem entgegensteht, sind dringend notwendig. Das reicht aber nicht aus. Die Prüfung eines Verbots von gesichert rechtsextremistischen Parteien ist erforderlich. Dafür setzen sich der Vorstand und Stiftungsrat der Stiftung gegen Rassismus ein.

Ein Verbotsverfahren wird Jahre in Anspruch nehmen. Geprüft werden sollte parallel, rechtsextremistischen Parteien die staatliche Parteienfinanzierung und die Finanzierung von ihnen nahestehenden Stiftungen zu entziehen. Es ist nicht einzusehen, dass staatliche Stellen bei Förderungen von Organisationen, freien Trägern und Vereinen die Verfassungstreue voraussetzen, während dies für erwiesen rechtsextremistische Parteien nicht gilt.

Wichtig ist es, die verbreitete Gleichgültigkeit gegenüber Rechtsextremismus und die damit einhergehende Gefährdung der Werte des Grundgesetzes und der Menschenrechte in der Gesellschaft zu überwinden. Die Bevölkerung sollte dafür gewonnen werden, sich gegen Rechtsextremismus stark zu machen. Das ist eine schwierige Aufgabe. So viele Personen und Institutionen wie möglich sollten daran mitwirken. Zwar ist die Mehrheit der Menschen in Deutschland gegen Rassismus und Rechtsextremismus eingestellt, doch es sind noch zu wenige, die sich dafür nachhaltig engagieren: Das zeigt sich konkret an der geringen Bereitschaft, Aktivitäten gegen Rechtsextremismus finanziell zu fördern oder selbst dauerhaft aktiv zu sein.

Es sollte zum Allgemeingut werden, dass rechtsextremistische und rassistische Bewegungen keine Lösungen bieten, sondern im Gegenteil eine akute Bedrohung für unser Grundgesetz, unser friedliches Zusammenleben, unsere Gesellschaft und unsere Wirtschaft darstellen.

„100% Menschenwürde. Zusammen gegen Rassismus und Rechtsextremismus“

Die Internationalen Wochen gegen Rassismus vom 16. bis 29. März 2026 haben das Motto „100% Menschenwürde. Zusammen gegen Rassismus und Rechtsextremismus“. Der Zusammenhang von Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und Rechtsextremismus soll in diesen Wochen bewusst gemacht werden. In der Bevölkerung sollte mit den tausenden Veranstaltungen das Bewusstsein gestärkt werden, dass wir ohne Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Antiziganismus, religiösem Extremismus und Rechtsextremismus leben wollen, so wie es das Grundgesetz verspricht. Vielfältige Aktivitäten sind dafür möglich und erforderlich.

„Die Würde des Menschen ist unantastbar“

Deutschland feiert das Grundgesetz

Ein zusätzlicher Schwerpunkt wird der Tag des Grundgesetzes am 23. Mai 2026 werden. Jetzt sind wir alle gefragt, uns gegen eine Aushöhlung der Verfassung zu wehren. Allgemeingut muss sein: Ja zur Menschenwürde. Ja zum Rechtsstaat, zum Grundgesetz und den Menschenrechten. Wir müssen die Möglichkeiten nutzen, die das Grundgesetz bietet und uns dafür einsetzen, dass die Probleme, die den Menschen zusetzen, angegangen werden. Dazu gehört auch, Migration nicht nur als Problem wahrzunehmen, sondern die Chancen zu sehen, die Einwanderung bietet, wenn neu nach Deutschland kommende Menschen die Möglichkeit erhalten, Arbeit aufzunehmen, an Bildung teilzuhaben, selbständig zu werden und so zur gesellschaftlichen Entwicklung und zum gemeinsamen Nutzen beizutragen.

Es muss aufhören, dass Menschen mit Migrationsgeschichte zu Sündenböcken für gesellschaftliche Fehlentwicklungen erklärt werden. Die Ausgrenzung von Menschen läuft den Interessen einer demokratischen und auf Chancengleichheit basierenden Gesellschaft entgegen. Die Ausgrenzung von Menschen, die neu nach Deutschland kommen, ist schädlich angesichts der demographischen Entwicklung und beschädigt das Image von Deutschland in der Welt mit nachhaltigen politischen und wirtschaftlichen Folgen. Der erste Paragraph des Grundgesetzes wird daher von der Stiftung gegen Rassismus als Motto für den Tag des Grundgesetzes am 23. Mai 2026 vorgeschlagen: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“. Deutschland feiert das Grundgesetz. An diesem Tag sollen Feste, Veranstaltungen und Aktivitäten an möglichst vielen Orten stattfinden.

Aktivitäten

Schon jetzt gibt es ein erfreuliches Engagement gegen Rassismus und Rechtsextremismus, das allerdings auszubauen und zu festigen ist. Aus Sicht der Stiftung gegen Rassismus sind folgende Aktivitäten besonders zu fördern:

1.Jede Person sollte ihre Verantwortung und Möglichkeiten sehen und geeignete Aktivitäten entfalten. Dazu gehören Gespräche in der Familie, am Arbeitsplatz, beim Sport, in der Schule und bei anderen Begegnungen. Dabei sind die massiven negativen Folgen von

Rechtsextremismus für Minderheiten, aber auch für die eigene Person, für die Gemeinschaft und für eine gutes und freundliches Miteinander deutlich zu machen. Wichtig ist auch, das Gespräch mit Menschen zu suchen, die unsicher sind und mit rechten Parteien sympathisieren. Diese Menschen müssen dazu gebracht werden, darüber nachzudenken, welche dramatischen Konsequenzen ihre Haltung und ihr Wahlverhalten haben.

Konkret sollte darüber hinaus jede Person überlegen, was ihr Beitrag zum Tag des Grundgesetzes am Samstag, 23. Mai 2026, sein kann. An diesem Tag soll einer breiten Öffentlichkeit vermittelt werden, dass die große und oft schweigende Mehrheit der Menschen in einer demokratischen und menschenfreundlichen Gesellschaft leben möchte. Das kann erfolgen durch Feste zum Grundgesetz, die an möglichst vielen Orten stattfinden sollten. Menschen vor Ort wissen, was jeweils am besten ist.

2. Politische Parteien sind daran zu erinnern und zu verpflichten, sich für das Grundgesetz und besonders für Artikel 1 einzusetzen: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“. Diesen Anspruch auf Anerkennung ihrer Würde haben alle Menschen, ohne Einschränkung. Politische Parteien haben nach Artikel 21 Absatz 1 des Grundgesetzes zudem folgende Aufgabe: „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit.“ Daran haben sich demokratische Parteien auszurichten - und nicht den Positionen rechtsextremistischer Bewegungen hinterherzulaufen.

Gespräche mit Verantwortlichen in politischen Parteien vor Ort und auf allen Ebenen sind wichtig, um gemeinsam zu überlegen, wie diese Verantwortung in der aktuellen Situation wahrgenommen werden kann. In den demokratischen Parteien gibt es Persönlichkeiten, die sich dafür einsetzen und ansprechbar sind. Sie müssen gestärkt und unterstützt werden. Erste Vorgespräche mit Persönlichkeiten demokratischer Parteien finden statt.

3. Vielfältige zivilgesellschaftliche Institutionen wie Glaubensgemeinschaften, Vereine, die Freiwillige Feuerwehr und andere prägen unser Zusammenleben. Jede dieser Institutionen hat für sich zu überlegen, welche Möglichkeiten sie jeweils sieht. Materialien für Aktivitäten sind zu entwickeln. Im Anhang sind erste Anregungen zusammengestellt, die nur einen kleinen Teil der großen Vielfalt an Einrichtungen in Deutschland nennen.

Der Arbeitskreis Pro Menschenwürde

Zur Koordinierung damit zusammenhängender Aufgaben wurde der *Arbeitskreis Pro Menschenwürde* mit Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Gewerkschaften, Religionsgemeinschaften, NGOs, Sport, Zivilgesellschaft und anderen aus dem Rhein-Main-Neckar-Gebiet eingerichtet. Sein Ziel ist es, Aktivitäten für die Stiftung gegen Rassismus und für Einrichtungen anzuregen, die mit der Stiftung kooperieren.

Darüber hinaus gibt es den überregionalen *Beratungskreis Pro Menschenwürde*, der zu Überlegungen und Aktivitäten digital unterrichtet wird und deren Teilnehmende Anregungen geben können.

Mitglieder des *Arbeitskreises* Pro Menschenwürde sind:

Gonca Aydin, Lehrerin, Diplom Theologin und Religionswissenschaftlerin (M.A.)

Günter Burkhardt, Flüchtlingsrat Hessen

Dr. Harpreet Cholia, Stabsstelle Antidiskriminierung der Stadt Frankfurt a.M.

Muhamad Said Chahrour, Unternehmer

Abdassamad El Yazidi, Zentralrat der Muslime in Deutschland

Halima Gutale, Stiftung gegen Rassismus

Kathrin Hedtke, freie Journalistin, Darmstadt

Philipp Jacks, DGB Frankfurt

Emma Jäger, Stiftung gegen Rassismus

Torsten Jäger, Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz

Christian Kirk, Unternehmensgruppe Kirk AG

Karl Kopp, Pro Asyl

Andreas Lipsch, Diakonie Hessen

Dr. Jürgen Micksch, Stiftung gegen Rassismus

Helen Rezene, Pro Asyl

Antonia Rösner, Interkulturelle Woche

Jutta Shaikh, Omas gegen rechts Deutschland e.V.

Prof. Dr. Ulrich Wagner, Universität Marburg

Zubair Ahmad, Deutscher Fußballbund

Mitglieder des überregionalen *Beratungskreises Pro Menschenwürde* sind:

Ali Can, VielRespektZentrum Essen

Prof. Dr. Naika Foroutan, Humboldt-Universität Berlin

Miriam Marnich, Deutscher Städte- und Gemeindebund

Lina Mitschke, Berlin

Dr. Daniel Mullis, Experte für Rechtsextremismus

Prof. Dr. Heribert Prantl, Journalist

Prof. Dr. Matthias Quent, Magdeburg

Timo Reinfrank, Amadeu-Antonio-Stiftung

Dr. Michael Rohde, Militärdekan

Daniela Schneckenburger, Deutscher Städtetag

Prof. Dr. Andreas Zick, Universität Bielefeld

Dr. Theo Zwanziger, Mitbegründer der Stiftung gegen Rassismus

gez. Jürgen Micksch

Stiftung gegen Rassismus

10. September 2025

Herausgegeben von der Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus,

Goebelstr. 21a, 64293 Darmstadt